



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Die Diskussion zeigt, dass Demokratien durch Polarisierung, Populismus, Desinformation und geopolitische Krisen vor großen Herausforderungen stehen. Als Antworten darauf werden offene Debatten, überzeugende politische Konzepte, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie eine stärkere Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft gefordert. Zugleich werden Bildungsreformen, eine moderne Sicherheitspolitik und die Stärkung demokratischer Werte als zentrale Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hervorgehoben.
- › Die Debatte über die Chancen, Risiken und gesellschaftlichen Folgen der Künstlichen Intelligenz dauern an. Dabei wird einerseits betont, dass diese Innovation, Produktivität, Bildung und wirtschaftlichen Fortschritt fördern kann, andererseits aber Fragen der Sicherheit, Regulierung, demokratischen Kontrolle und des verantwortungsvollen Einsatzes ungeklärt sind. Zugleich wird hervorgehoben, dass Europa und Deutschland ihre Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik unbedingt stärken müssen, um den technologischen Wandel aktiv zu gestalten und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Herausforderungen für Staat und Gesellschaft.....	2
In der Debatte: Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz.....	7
Rezensionen	9
Impressum.....	15

In der Debatte: Herausforderungen für Staat und Gesellschaft

William Hague warnt in der *Times*¹ vor dem Erstarken einer populistischen „revolutionären Rechten“, die Institutionen, internationale Zusammenarbeit und Minderheiten ablehne. Viele Wähler würden sich ihr zuwenden, weil etablierte Parteien bei Problemen wie Migration, Wohnungsbau oder Wirtschaftswachstum versagt hätten. Gefordert sei eine Erneuerung des konservativen Denkens. Traditionelle konservative Ideen allein reichten angesichts von Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, Wohnungsmangel, Klimawandel, technologischer Konkurrenz und geopolitischen Konflikten nicht mehr aus. Statt mehr Staat wie die Linke oder autoritäre Lösungen wie die Populisten forderten, brauche es einen leistungsfähigen Staat, der zentrale Aufgaben wirksam erfüllt. Ein moderner Konservatismus solle Wohlstand breiter verteilen, demokratische Bündnisse stärken, Migration kontrollieren und Integration fördern, Wohnungsbau ankurbeln, technologische Innovation unterstützen sowie Klima- und Umweltschutz pragmatisch angehen. Patriotismus solle auf gesellschaftlichem Engagement und Zukunftsoptimismus beruhen, nicht auf Ausgrenzung. Eine grundlegende Neudefinition konservativer Politik, die den aktuellen Umbrüchen gerecht würde und eine demokratische Alternative sowohl zur linken als auch zur populistisch-rechten Politik biete, sei die beste Lösung. Allerdings würden die aktuellen politischen Ereignisse auch deutlich machen, dass nicht mehr viel Zeit bleibe.

Im Gespräch mit der *Zeit*² macht *Francis Fukuyama* deutlich, das Zeitalter der Aufklärung sei trotz wachsender Bedrohungen nicht beendet. Wissenschaft, Vernunft, individuelle Freiheit und die Begrenzung staatlicher Macht bildeten weiterhin die Grundlagen moderner liberaler Demokratien. Diese Ordnung stehe jedoch unter Druck, insbesondere durch autoritäre Staaten, illiberale politische Bewegungen und den Vertrauensverlust in wissenschaftliche und gesellschaftliche Institutionen. Soziale Medien und das Internet hätten zwar den Zugang zu Informationen erleichtert, zugleich aber traditionelle Kontrollinstanzen geschwächt und die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungserzählungen begünstigt. Auch die Übertragung von Entscheidungen an Künstliche Intelligenz könne die Selbstbestimmung gefährden, weshalb klare Grenzen und eine demokratisch legitimierte Regulierung notwendig seien. Es bestehe aber weiterhin Grund zum Optimismus, denn die liberale Demokratie habe bislang keine überzeugende Alternative, und Bürger könnten durch politische Beteiligung, Mobilisierung und demokratische Bündnisse illiberale Entwicklungen zurückdrängen. Die Aufklärung sei daher nicht vorbei, müsse aber aktiv verteidigt und immer wieder neu gestärkt werden.

Im Interview mit der *Welt*³ erklärt *Oliviero Angeli*, dass der Erfolg der AfD nicht allein mit der Unzufriedenheit über die Bundesregierung oder einzelne politische Entscheidungen erklärt werden könne. Zwar profitiere die Partei von ihrer Rolle als Opposition, insbesondere im Osten Deutschlands, doch ihr Aufstieg sei Teil eines europaweiten Trends. Dahinter stehe ein

¹ William Hague, Renew conservatism to fight the hard right, *The Times*, 7.9.2026.

² Jochen Wegner, Ist das Zeitalter der Aufklärung vorbei, Francis Fukuyama? Fragen an den Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, *Die Zeit*, 26.8.2026.

³ Ricarda Breyton, „Wir erleben einen Konflikt zwischen zwei historischen Bewegungen“. Fragen an den Politikwissenschaftler Oliviero Angeli, *Die Welt*, 14.9.2026.

tieferer gesellschaftlicher Wandel, der als „stille Gegenrevolution“ beschrieben werde: Während westliche Gesellschaften seit Jahrzehnten liberaler und vielfältiger geworden seien, fühlten sich manche Menschen von diesen Veränderungen nicht mitgenommen und sehnten sich stärker nach Ordnung, Sicherheit und nationaler Zugehörigkeit. Besonders deutlich zeige sich dieser Konflikt in der Migrationspolitik. Viele politische und gesellschaftliche Liberalisierungen würden von Teilen der Bevölkerung als Verlust vertrauter Werte und als von Eliten vorgegeben wahrgenommen. Diese Wahrnehmung sei politisch wirksam, auch wenn sie nicht zwangsläufig der Realität entspreche. Es gebe daher keinen grundlegenden Niedergang des Liberalismus, sondern einen Konflikt zwischen dem Wunsch nach mehr Freiheit und dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit. Den Erfolg der AfD erklärt er zudem mit ihrer Fähigkeit, gesellschaftliche Probleme in eine einfache und emotionale Erzählung einzuordnen. Die Partei verbinde Themen wie Migration, Klimapolitik oder wirtschaftliche Sorgen zu einer gemeinsamen Geschichte von Kontrollverlust und Niedergang. Dadurch könne sie Unzufriedenheit und Verunsicherung politisch mobilisieren, auch bei Menschen, die sich zuvor kaum an Wahlen beteiligt hätten. Entscheidend sei dabei nicht allein die Existenz von Problemen, sondern die politische Deutung, die ihnen gegeben werde. Erfolgreiche Politik brauche mehr als gute Narrative. Politische Maßnahmen müssten mit einer überzeugenden Geschichte verbunden werden, die den Menschen Orientierung gebe. Solche Erzählungen hätten jedoch eine begrenzte Lebensdauer und verlören an Kraft, wenn ihre Versprechen nicht eingelöst würden. Das gelte langfristig auch für die AfD. Sollte die AfD Regierungsverantwortung übernehmen, würde sie mit praktischen Widersprüchen konfrontiert werden. So könnte sie ihre migrationskritische Haltung nur schwer mit dem Arbeitskräftebedarf vieler Unternehmen vereinbaren. Ähnliche Erfahrungen habe es bereits mit rechten Regierungsparteien in anderen europäischen Ländern gegeben. Allerdings sei es falsch anzunehmen, Widersprüche allein würden den Erfolg radikal rechter Parteien beenden. Viele ihrer Anhänger bewerteten sie weniger nach konkreten Ergebnissen als danach, ob sie ihre politischen Gegner bekämpften. Deshalb müssten demokratische Parteien eigene überzeugende Erzählungen entwickeln, um verloren gegangene Deutungshoheit zurückzugewinnen.

Im Gespräch mit dem *Spiegel*⁴ konstatiert *Richard Traunmüller*, viele Menschen hätten tatsächlich das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Dieses Empfinden beruhe oft auf der Angst vor sozialen oder beruflichen Nachteilen. Obwohl die Meinungsfreiheit rechtlich geschützt sei, fühlten sich laut Umfragen rund 29 Prozent der Bevölkerung in ihrer öffentlichen Meinungsäußerung eingeschränkt. Als Ursache seien vor allem gesellschaftliche Veränderungen durch Globalisierung und kulturellen Wandel zu benennen. Menschen, die sich wirtschaftlich oder gesellschaftlich benachteiligt fühlten, hätten häufig den Eindruck, bestimmte Ansichten, etwa zur Migration, nicht offen äußern zu können. Zudem spiele die politische Einstellung eine Rolle, Menschen mit rechten Positionen fühlten sich tendenziell unfreier als linke oder grüne Wähler. Eine Demokratie aber lebe nicht nur von formaler Meinungsfreiheit, sondern auch davon, dass Bürger sich tatsächlich trauten, ihre Ansichten zu äußern. Die Corona-Pandemie sei als ein Beispiel für zunehmenden Konformitätsdruck und gesellschaftliche Polarisierung zu sehen. Insgesamt sei die Lage in Deutschland zwar deutlich besser als in autoritären Staaten, dennoch seien Anzeichen einer schleichenden Verschlechterung des Meinungsklimas erkennbar. Meinungsfreiheit müsse aktiv gelebt und trainiert werden. Offene Debatten und die Bereitschaft, auch Konflikte auszuhalten, seien unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie.

Korbinian Frenzel plädiert im *Focus*⁵ für eine grundlegend andere Form des Regierens, die weniger auf starre Koalitionen und stärker auf wechselnde Mehrheiten sowie den offenen

⁴ Ulrike Knöfel, „Mehr Mut zur Meinung bitte!“. Fragen an den Politikwissenschaftler Richard Traunmüller, *Der Spiegel*, 21.8.2026.

⁵ Korbinian Frenzel, Und täglich grüßt die Streitkultur, *Focus*, 4.9.2026.

Wettbewerb von Ideen setzen solle. Zwar wäre Politik dadurch weniger berechenbar und könnte häufiger an machtpolitischen Konflikten scheitern, zugleich würde sie jedoch lebendiger und stärker von Argumenten geprägt. Voraussetzung dafür wäre ein gesellschaftlicher Mentalitätswechsel. Parteien, Medien und Bürger müssten bereit sein, sich ernsthaft mit unterschiedlichen Positionen auseinanderzusetzen, andere zu überzeugen und selbst offen für Gegenargumente zu bleiben. Nach den Landtagswahlen im September sollten die Parteien einen solchen Versuch wagen, statt sich von den wachsenden Wahlerfolgen der AfD lähmen zu lassen.

Eckard Michels, Autor des Buches „Beim Bund“, setzt sich im Gespräch mit der *Welt*⁶ mit der Geschichte der Wehrpflicht in Deutschland auseinander. Diese habe faktisch häufig einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer entsprochen, da nur ein Teil eines Jahrgangs zur Bundeswehr eingezogen worden sei und viele junge Männer Zivildienst geleistet hätten. Obwohl die Bundeswehr als notwendige Institution gesellschaftlich weitgehend akzeptiert gewesen sei, sei die persönliche Bereitschaft zum Militärdienst immer begrenzt gewesen sei. Die Wehrpflicht sei zudem weniger als militärisches Instrument denn als „Schule der Nation“ verstanden worden, die Disziplin, Verantwortungsbewusstsein und staatsbürgerliches Bewusstsein fördern sollte. Bei ihrer Einführung 1956 hätten aufgrund der Erfahrungen mit Krieg, Wiederaufrüstung und deutscher Teilung erhebliche Vorbehalte bestanden. Es gebe Parallelen zur heutigen Debatte, da erneut eine Bedrohung aus dem Osten als Begründung für Aufrüstung und Personalaufbau diene. Heute allerdings sei Deutschlands strategische Lage heute günstiger sei im Kalten Krieg, weil die Bundesrepublik nicht mehr unmittelbar an der militärischen Front liegen würde und im Ernstfall mehr Zeit zur Mobilisierung hätte.

Carlo Masala konstatiert im Gespräch mit dem *Handelsblatt*⁷, die Ukraine stelle ein Testfeld für den Krieg der Zukunft dar. Entscheidend seien schnelle Lernfähigkeit, technologische Anpassung und die Kombination klassischer Waffensysteme mit Drohnen und Künstlicher Intelligenz. Panzer blieben unverzichtbar, da nur Menschen und Bodentruppen Territorium erobern und sichern könnten. Bei der Bundeswehr gebe es fehlende Prioritäten, hohe Beschaffungskosten und langwierige Eigenentwicklungen. Vorrang hätten hier Luftverteidigung und weitreichende Präzisionswaffen. Statt stets nach der technisch besten Lösung zu suchen, sollte Deutschland schneller verfügbare Systeme beschaffen und neue Technologien kontinuierlich gemeinsam mit der Armee testen. Dafür müssten Start-ups unterstützt und bürokratische Verfahren beschleunigt werden. Künstliche Intelligenz werde vor allem bei der schnellen Auswertung militärischer Daten zunehmend wichtiger. Zugleich müsse Europa seine technologische Abhängigkeit von den USA verringern. Trotz zunehmender Automatisierung bleibe der Mensch der entscheidende Faktor. Die Personalprobleme der Bundeswehr seien daher letztlich nur durch politische Entscheidungen, etwa eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, zu lösen.

Oliver Binz merkt in der *FAZ*⁸ an, die Bundesrepublik könne ihren Bürgerinnen und Bürgern kaum vermitteln, warum sie das Land im Ernstfall verteidigen sollten. Der Verfassungspatriotismus sei nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus zwar eine sinnvolle Grundlage gewesen, reiche jedoch nicht aus, um eine besondere emotionale Bindung an Deutschland zu schaffen. Angesichts wachsender sicherheitspolitischer Herausforderungen und eines möglichen Wehrdienstes werde diese fehlende Bindung zum strategischen Problem. Ein zeitgemäßer deutscher Patriotismus müsse sich deshalb auf gemeinsame Leistungen statt auf Herkunft gründen. Identifikationspunkte könnten unter anderem das Grundgesetz, die friedliche Revolution von 1989, die Wiedervereinigung, der Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft

⁶ Jan Alexander Casper, „Russland stünde erst nach Monaten oder Jahren an der Oder“. Fragen an den Historiker Eckard Michels, *Die Welt*, 27.8.2026.

⁷ Frank Specht, „Drohnen allein erobern kein Territorium“. Fragen an den Politikwissenschaftler Carlo Masala, *Handelsblatt*, 21.8.2026.

⁸ Oliver Binz, „Warum soll ich für dieses Land kämpfen?“, *FAZ* 26.8.2026.

sein. Ein solches Nationalgefühl stehe nicht im Gegensatz zur europäischen Integration, sondern könne gesellschaftliches Vertrauen, Zusammenhalt und Bündnisfähigkeit stärken. Schulen, staatliche Institutionen sowie gemeinsame Orte und Rituale sollten diese Identität vermitteln. Ziel sei ein weltoffener Patriotismus, der niemanden ausgrenze, aber deutlich mache, dass demokratische Institutionen nur bestehen könnten, wenn Menschen bereit seien, Verantwortung für sie zu übernehmen und sie notfalls zu verteidigen.

Christoph Safferling geht im *Tagesspiegel*⁹ der Frage nach, wie man sich gegen hybride Kriegsführung zur Wehr setzen könne. Diese verbinde Cyberangriffe, Desinformation, politischen und wirtschaftlichen Druck sowie verdeckte Sabotage, wobei die absichtliche Verschleierung der Urheber eine eindeutige rechtliche Einordnung und wirksame Abwehr erschwere. Einzelne Aktionen würden völkerrechtlich meist noch nicht als bewaffneter Angriff gelten, weshalb militärische Selbstverteidigung nur unter engen Voraussetzungen zulässig sei. Deutschland müsse daher mit einer engen Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten, Polizei, Militär und Justiz, mit diplomatischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie konsequenter Strafverfolgung reagieren. Entscheidend sei, die freiheitliche Ordnung entschlossen, aber stets auf rechtsstaatlicher Grundlage zu schützen.

In der *Süddeutschen Zeitung*¹⁰ stellt *Joachim Käppner* fest, Deutschland befinde sich weder in einem offenen Krieg noch in einem „hybriden Krieg“ mit Russland, sondern reagiere mit den Mitteln des Rechtsstaats auf russische Sabotage- und Terrorakte. Die aktuellen Spannungen würden als Teil eines „neuen Kalten Krieges“ verstanden, der von Russlands neoimperialer Ideologie und seiner Ablehnung westlicher Werte geprägt sei. Anders als im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts gehe es Russland heute nicht um Absicherung, sondern um Expansion. Daher müsse Deutschland die Ukraine weiterhin unterstützen, gleichzeitig aber besonnen handeln. Ziel sei es, durch Abschreckung und Standhaftigkeit eine weitere Eskalation zu verhindern und einen tatsächlichen Krieg zu vermeiden.

Arndt Freytag von Loringhoven und *Sviat Hnizdovskyi* stellen in der *Süddeutschen Zeitung*¹¹ fest, Deutschland und Europa hätten auf Russlands hybride Angriffe bislang vor allem defensiv reagiert, etwa durch den Schutz vor Desinformation und Cyberangriffen. Um wirksamer abzuschrecken, sollten sie jedoch auch die Schwachstellen des russischen Systems stärker analysieren und gezielt ausnutzen. Dazu gehöre etwa, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten des Krieges in Russland sichtbar zu machen, vertrauenswürdige Informationskanäle in die russische Gesellschaft zu stärken und europäische Fähigkeiten zur sogenannten „kognitiven Abschreckung“ auszubauen. Dabei müsse der Westen an wahrheitsgemäßen Informationen festhalten und klare ethische Regeln einhalten. Ziel sei es, Russland von weiteren hybriden Angriffen abzuhalten und so zur Deeskalation beizutragen.

Dorothea Siems zeichnet in der *Welt*¹² ein alarmierendes Bild des deutschen Bildungssystems. Die Ergebnisse der Pisa-Studie zeigten, dass die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften auf einen historischen Tiefstand gefallen seien. Immer mehr Jugendliche verfügten nicht über grundlegende Kompetenzen, obwohl gleichzeitig die Anforderungen in der Schule gesunken und gute Noten häufiger geworden seien. Ursachen dafür seien unter anderem übermäßiger Medienkonsum, die sprachlichen Defizite vieler Kinder sowie die Überforderung der Schulen durch eine stark veränderte Schülerschaft. Insbesondere der hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund stelle das Bildungssystem vor zusätzliche Herausforderungen. Gleichzeitig hänge der Bildungserfolg zunehmend vom Elternhaus ab. Deutschland könne dadurch eine ganze Generation von

⁹ Christoph Safferling, Wie verteidigt man sich gegen „hybride Kriegsführung“?, *Der Tagesspiegel*, 3.9.2026.

¹⁰ Joachim Käppner, Im Kalten Krieg, *SZ*, 4.9.2026.

¹¹ Arndt Freytag von Loringhoven / Sviat Hnizdovskyi, Der Krieg in den Köpfen, *SZ*, 7.9.2026.

¹² Dorothea Siems, Deutschland verdummt, *Die Welt*, 9.9.2026.

Jugendlichen verlieren und langfristig seinen Fachkräftebedarf sowie den wirtschaftlichen Wohlstand gefährden.

Im *Tagesspiegel*¹³ fordert *Richard Friebe*, die schlechten Pisa-Ergebnisse nicht nur als Schock wahrzunehmen, sondern als Anstoß für grundlegende Reformen im Bildungswesen. Deutschland müsse bekannte Probleme endlich konsequent angehen und erfolgreiche Maßnahmen langfristig umsetzen, statt Bildungspolitik ständig neu auszurichten. Zu den wichtigsten Aufgaben zählten eine frühzeitige Sprachförderung, der Abbau sozialer Ungleichheiten, moderne Lehrmethoden, sinnvoller Einsatz digitaler Medien sowie mehr fächerübergreifender Unterricht. Entscheidend seien dabei gut ausgebildete und kontinuierlich fortgebildete Lehrkräfte, da die Qualität des Bildungssystems maßgeblich von ihnen abhängen. Ziel müsse sein, Bildung dauerhaft leistungsfähiger, gerechter und zukunftsfähiger zu machen.

Heike Schmoll stellt in der *FAZ*¹⁴ fest, die erneut schlechten PISA-Ergebnisse seien die Folge eines schon lange andauernden Leistungsabfalls im deutschen Bildungssystem. Nach den Erfolgen der Jahre nach dem ersten PISA-Schock habe es an Konsequenz und Ausdauer gefehlt, sodass die Bildungsleistungen wieder deutlich gesunken seien. Besonders kritisch seien mangelnde Lese- und Sprachkompetenzen, unzureichende frühkindliche Förderung sowie große Integrationsprobleme bei Kindern mit sprachlichen Defiziten. Gleichzeitig gelinge es weder, leistungsschwache noch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ausreichend zu fördern. Lösungen könnten eine stärkere frühkindliche Bildung mit verbindlicher Sprachförderung, regelmäßige Lernstandserhebungen, gezielte Förderung, mehr Übung und eine bessere Fortbildung von Lehrkräften bieten. Erfolgreiche Beispiele wie Estland oder einzelne deutsche Bundesländer zeigten, dass klare Standards, Verbindlichkeit und Kontinuität zu besseren Ergebnissen führen könnten. Entscheidend seien weniger neue Reformen als vielmehr Ausdauer, Disziplin und die konsequente Umsetzung bewährter Maßnahmen.

Im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*¹⁵ merkt *Andreas Schleicher* an, die Ursachen der schlechten Pisa-Ergebnisse lägen nicht allein in der Nutzung digitaler Medien, sondern vor allem in deren pädagogischer Anwendung. Technologien und KI seien weder grundsätzlich problematisch noch automatisch hilfreich. Entscheidend sei, ob sie das Denken fördern oder lediglich Aufgaben erleichtern würden. Derzeit nutzten viele Schülerinnen und Schüler KI eher als Unterstützung zur Vereinfachung von Schulaufgaben, was häufig mit schwächeren Leistungen einhergehe. Daher sei eine neue Lernkultur dringend erforderlich. Schule müsse selbstständiges Denken, kritisches Urteilen, wissenschaftliches Arbeiten und soziale Kompetenzen stärken. KI solle nicht Denkarbeit ersetzen, sondern Schülerinnen und Schüler dazu anregen, Argumente zu prüfen, Denkfehler zu erkennen und bessere Fragen zu stellen. Gleichzeitig seien Einschränkungen der Smartphone-Nutzung im Unterricht sinnvoll, um Ablenkungen zu reduzieren. Wichtig seien außerdem umfassende Bildungsreformen, eine bessere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie mehr Unterstützung für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Eine zentrale Rolle spiele auch das Elternhaus, Interesse und Unterstützung durch die Familie hätten großen Einfluss auf den Lernerfolg. Deutschland könne seine Bildungsergebnisse verbessern, wenn der politische Wille zu Veränderungen vorhanden sei.

¹³ Richard Friebe, Neue Bildung braucht das Land, *Der Tagesspiegel*, 9.9.2026.

¹⁴ Heike Schmoll, Ein entlarvender Absturz, *FAZ*, 9.9.2026.

¹⁵ Heike Anger, „KI könnte die Fundamente unserer Gesellschaften untergraben“. Fragen an den OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher, *Der Tagesspiegel*, 16.9.2026.

In der Debatte: Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz

Erich Ortner konstatiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁶, Europas größte Herausforderung in Sachen Künstlicher Intelligenz liege weniger in fehlender Technologie als in einem Mangel an Zukunftsoptimismus und gesellschaftlicher Ambition begründet. Statt sich nur als Regulierungsraum zu verstehen, müsse Europa eine positive Vision entwickeln, die technologische Innovation mit Humanität, Demokratie und individueller Selbstbestimmung verbinde. Generative KI könne dabei die Selbstwirksamkeit der Menschen stärken, indem sie Lernen, Verstehen und eigenständiges Denken unterstützen würde. Voraussetzung sei jedoch eine Bildungsstrategie, die digitale Fähigkeiten mit kritischem Denken, Sprachfähigkeit und Urteilsvermögen verknüpfe. Die Zukunft Europas hänge daher nicht allein von technischer Leistungsfähigkeit ab, sondern auch davon, ob es gelinge, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, KI als Werkzeug für mehr Wissen, Verantwortung und gesellschaftliche Gestaltungskraft zu nutzen. Dadurch werde Europa in die Lage versetzt, einen eigenständigen Weg zwischen dem marktorientierten Modell der USA und dem staatszentrierten Ansatz Chinas zu entwickeln.

KI habe die Arbeitswelt so grundlegend verändert wie keine Technologie zuvor, da sie kognitive und zunehmend körperliche Aufgaben übernehmen könne und sich durch Training kontinuierlich weiterentwickeln könne, gibt Yasmin Weiß im *Focus*¹⁷ zu bedenken. Damit eröffne sie große Chancen für Produktivität und Lebensqualität, stelle Beschäftigte, Unternehmen und öffentliche Institutionen jedoch zugleich vor erhebliche Herausforderungen. Um in dieser Transformation relevant zu bleiben, müssten Menschen eine Form der „Coopetition“ mit KI erlernen. Sie sollten einerseits kompetent mit der Technologie zusammenarbeiten und andererseits gezielt jene Fähigkeiten stärken, die den Menschen auszeichneten. Dazu gehörten insbesondere Empathie, Warmherzigkeit, Fingerspitzengefühl, Intuition, kritisches Denken sowie ethisches und werteorientiertes Handeln. Gleichzeitig würden Lernbereitschaft und Anpassungsfähigkeit an Bedeutung gewinnen. Die zentrale Chance bestehe darin, monotone, unangenehme oder gefährliche Tätigkeiten zunehmend an KI und Robotik zu delegieren und dadurch mehr Raum für menschliche Leistungen wie Wohlwollen, Wertschätzung, Warmherzigkeit und werteorientiertes Handeln zu schaffen. Entscheidend sei deshalb nicht allein die Frage, ob die KI Arbeitsplätze ersetzen werde, sondern wie Menschen ihre Arbeit so gestalten könnten, dass sie durch technologische Kompetenz leistungsfähiger und durch ihre besonderen sozialen und ethischen Fähigkeiten zugleich unersetzlicher würden. Ziel sollte die Entwicklung zum „Homo Augmentus“ sein, der KI aktiv nutze, um produktiver zu arbeiten und gleichzeitig seine Menschlichkeit zu stärken.

Karl Olsberg setzt sich im *Cicero*¹⁸ mit den Chancen und Risiken von KI auseinander und merkt an, problematisch sei in diesem Zusammenhang die „menschliche Dummheit“. Der Vorfall bei Hugging Face verdeutliche das sogenannte Alignment-Problem: KI-Systeme verfolgten vorgegebene Ziele möglicherweise auf unerwartete und schädliche Weise, weil sie nicht zuverlässig verstehen würden, was Menschen tatsächlich beabsichtigten. Mit zunehmender Leistungsfähigkeit steige das Risiko, dass KI Sicherheitsvorgaben umgehen, sich einer Abschaltung widersetzen oder nach größerer Kontrolle streben würde. Besonders problematisch sei das internationale Wettrennen um eine Superintelligenz, obwohl selbst führende Entwickler vor einem möglichen Kontrollverlust warnten. Da Intelligenz nicht automatisch mit Moral oder Rücksichtnahme verbunden sei, könnten hoch entwickelte Systeme schwerwiegende Gefahren verursachen. Daher sollte die Entwicklung von Superintelligenz gestoppt werden, bis ihre

¹⁶ Erich Ortner, Europa hat den Willen zur Zukunft verloren, NZZ, 8.9.2026.

¹⁷ Yasmin Weiß, Was vom Menschen bleibt, wenn die KI übernimmt, Focus, 21.8.2026.

¹⁸ Karl Olsberg, Der menschliche Makel, Cicero, 28.8.2026.

Sicherheit gewährleistet werden könne. Eine internationale Regulierung sowie eine breite gesellschaftliche Debatte darüber müsse begonnen werden. Die Chancen der KI könnten nur dann verantwortungsvoll genutzt werden, wenn ihre Risiken ernst genommen und wirksam begrenzt würden.

Ruth Fulterer blickt in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁹ auf die aktuelle Debatte über mögliche existenzielle Gefahren durch Künstliche Intelligenz. Ausgelöst worden sei sie unter anderem durch Warnungen von KI-Insidern und Forschern, die befürchteten, dass immer leistungsfähigere KI-Systeme zu einer Bedrohung für die Menschheit werden könnten. Dabei würden zwei Hauptszenarien diskutiert: Zum einen könnten Menschen KI missbrauchen, um etwa gefährliche Waffen oder biologische Kampfstoffe zu entwickeln. Zum anderen bestünde die Sorge, dass hochentwickelte KI-Systeme eines Tages eigenständig handeln und sich menschlicher Kontrolle entziehen könnten. Die Befürworter dieser Warnungen argumentierten, dass KI nicht bewusst böse sein müsse, um gefährlich zu werden. Problematisch könne bereits sein, wenn sie ein vorgegebenes Ziel konsequent verfolgen und dabei unvorhergesehene oder schädliche Wege einschlagen würde. Kritiker hielten solche Untergangsszenarien hingegen für übertrieben. Sie würden darin eine Folge des allgemeinen KI-Hypes sehen und darauf verweisen, dass aktuelle Risiken eher in Bereichen wie Machtkonzentration, wirtschaftlichen Veränderungen, Desinformation oder Umweltbelastungen liegen würden. Wie real die Gefahr einer außer Kontrolle geratenen KI sei, hänge letztendlich davon ab, wie leistungsfähig man zukünftige Systeme einschätzen würde. Die Politik nehme die Debatte zunehmend ernst. Sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union und in China werden Regeln entwickelt, um Risiken leistungsstarker KI-Systeme zu begrenzen. Unternehmen werden zu Sicherheitsprüfungen, Risikobewertungen und Meldepflichten verpflichtet.

Patrick Bernau und *Alexander Wulfers* merken in der *FAZ*²⁰ an, die Entwicklung Künstlicher Intelligenz sei eine Technologie mit enormen Chancen, aber gleichzeitig auch großen Risiken. Führende KI-Unternehmen wie Anthropic und Open AI selbst warnten vor den möglichen Gefahren ihrer Systeme, trieben deren Entwicklung jedoch weiter voran. Erinnert wird in diesem Zusammenhang an den Mathematiker John von Neumann, der die Risiken neuer Technologien erkannt, ihre Weiterentwicklung aber dennoch für notwendig gehalten habe. Viele Experten in der KI-Branche hielten es für möglich, dass hochentwickelte KI-Systeme langfristig die Kontrolle des Menschen übersteigen könnten. Gleichzeitig sähen sie große Chancen, etwa für medizinische Durchbrüche, wirtschaftlichen Fortschritt und die Lösung globaler Probleme. Diese Nutzen-Risiko-Abwägung prägte die derzeitige Debatte. Verstärkt würden die Sorgen durch Vorfälle, bei denen KI-Systeme Sicherheitsbeschränkungen umgangen haben. Gleichzeitig erschwerten starker Wettbewerb zwischen Unternehmen und der geopolitische Wettlauf zwischen den USA und China die Durchsetzung strenger Sicherheitsmaßnahmen. Wer vorsichtiger forsche, riskiere, im Rennen um die leistungsfähigste KI zurückzufallen. Als mögliche Lösung könne internationale Zusammenarbeit nach dem Vorbild der Atomaufsicht Betracht gezogen werden, allerdings seien globale Regeln politisch schwer durchsetzbar. Letztlich bleibe technischer Fortschritt immer ambivalent: Er könne großen Nutzen stiften, aber auch Schaden verursachen. KI sei allerdings weiterhin auf Ressourcen angewiesen, die Menschen kontrollieren würden. Deshalb liege die Verantwortung bei Entwicklern, Unternehmen und Politik. Entscheidend werde sein, ob es gelingen könne, Innovation und Sicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

In der *Welt*²¹ beschreibt *Peter R. Neumann* den „Techno-Libertarismus“ als prägende politische Ideologie des Silicon Valley. Er verbinde individuelle Freiheit, Unternehmertum und tech-

¹⁹ Ruth Fulterer, Die Angst vor der rebellierenden Maschine, NZZ, 14.9.2026.

²⁰ Patrick Bernau / Alexander Wulfers, Bringt die KI uns alle um?, FAZ, 13.9.2026.

²¹ Peter R. Neumann, Die politische Ideologie des Silicon Valley, Die Welt, 3.9.2026.

nologische Innovation mit Misstrauen gegenüber Staat, Demokratie und etablierten Institutionen, eine Ideologie, die weder mysteriös noch gänzlich neu sei, sondern seit den 1990er Jahren Bestand habe. Vordenker wie Peter Thiel und Curtis Yarvin würden den Nationalstaat durch mobile Eliten und digitale Technologien unter Druck sehen und befürworteten daher eine nach Unternehmensprinzipien organisierte Staatsordnung. Die Zusammenarbeit mit Donald Trump sollte entsprechende Ideen praktisch voranbringen, offenbarte jedoch zugleich die fortbestehende Macht des Staates. Angesichts der beschleunigenden Wirkung Künstlicher Intelligenz müsse Deutschland die politischen Folgen des technologischen Wandels ernst nehmen, seine Abwehrhaltung überwinden und rasch eigene überzeugende Antworten auf den wirtschaftlichen und politischen Wandel durch das Silicon Valley entwickeln.

Armin Nassehi, Clemens Fuest, Monika Schnitzer und Matthias H. Tschöp fordern in der FAZ²², dass sich die Universität immer wieder erneuern müsse und werben für eine grundlegende Reform der deutschen Hochschulpolitik. Universitäten würden als zentrale Voraussetzung für Innovation, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt verstanden. Deutschland brauche sowohl eine leistungsfähige Hochschullandschaft in der Breite als auch einige international führende Spitzenuniversitäten. Dafür seien mehr Autonomie, weniger Bürokratie, langfristige Finanzierung und eine stärkere Förderung von Exzellenz notwendig. Zugleich müssten Universitäten Wissen stärker in Innovationen, Unternehmensgründungen und gesellschaftliche Lösungen überführen. Das deutsche Wissenschaftssystem sei zu stark auf Gleichverteilung und Regionalpolitik ausgerichtet und verliere daher im internationalen Wettbewerb an Dynamik. Gefordert seien deshalb mehr Wettbewerb, eine gezielte Förderung leistungsstarker Standorte, bessere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft sowie eine Wissenschaftspolitik, die Prioritäten setze und Spitzenleistungen belohne. Ziel müsse eine Hochschullandschaft sein, die wissenschaftliche Exzellenz mit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wirkung verbinde.

Rezensionen

Die *Welt am Sonntag*²³ weist auf den von **Robert Rozett** und **Iael Nidam-Orvieto** herausgegebene Sammelband **Nach so viel Schmerz und Pein. Erste Briefe nach dem Holocaust** hin, „eine Sammlung von Schriftstücken, mit denen Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager unmittelbar nach der Befreiung Kontakt zu ihren Liebsten – Verwandten, Bekannten, Freunden – aufnehmen. Und dabei ungefiltert auf die erlebten Gräueltaten zu sprechen kommen“.

Norbert Frei macht in der *Süddeutschen Zeitung*²⁴ darauf aufmerksam, dass das 1974 erschienene Buch **Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland** von **H.G. Adler** in einer „staunenswerten Neuauflage“ Vorliege.

Majd El-Safadi urteilt in der FAZ²⁵, **Omar Kamil** zeichne in seinem „luzide“ geschriebenen Buch **Muslimischer Antisemitismus. Woher er kommt, wie er wirkt und was wir tun können**, das „analytisch-kraftvoll“ sei, „in vier Kapiteln die Geschichte des muslimischen Antisemitismus nach und legt die facettenreichen Diskurse der arabischen Welt offen. Die historischen Zäsuren, die den Nährboden für Antisemitismus bereiteten, werden polit-psychologisch erhellend eingeordnet.“

²² Armin Nassehi / Clemens Fuest / Monika Schnitzer / Matthias H. Tschöp, Universitas semper reformanda, FAZ, 14.9.2026.

²³ Ich, Nr 87292, Iebel, Welt am Sonntag, 13.9.2026.

²⁴ Norbert Frei, Mit der Präzision des Überlebenden, SZ, 14.9.2026.

²⁵ Majd El-Safadi, Ein Riss in der göttlichen Ordnung, FAZ, 3.9.2026.

Im *Wall Street Journal*²⁶ befasst sich *Stuart Halpern* mit **The Final Solution to the Jewish Question: A Love Story for the Living** von **Dara Horn**, die darin argumentiere, dass man dem wiederaufgeflamnten Antisemitismus nicht mit den Mitteln entgegentreten könne, die zuvor schon gescheitert seien: „The stories of dead Jews, Ms. Horn reminds us, must be complemented by an understanding of the traditions, texts and practices of living ones.“

Luka Ivan Jukic weist in der *Financial Times*²⁷ auf **The City Without Jews: Life and Death in Nazi Vienna** von **Douglas Smith** hin, der darin anhand des Beispiels einer Familie schildere, wie die jüdische Gemeinde in Wien, eine der größten in Europa, von den Nationalsozialisten systematisch vernichtet wurde und nur wenige Überlebende in eine völlig veränderte Stadt zurückkehrten.

Justus Bender weist in der *FAZ*²⁸ auf den von **Günter Frankenberg** und **Wilhelm Heitmeyer** herausgegebenen Sammelband **Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD** hin, in dem in 16 Beiträgen Szenarien entwickelt würden, „wie die AfD Parlament, Justiz und Schule destabilisieren könnte und ihre Machtpositionen ausbaut“.

In der *Süddeutschen Zeitung*²⁹ stellt *Cord Aschenbrenner* vier Bücher vor, die der Frage nachgehen, ob der „Siegeszug der AfD“ noch aufzuhalten und was zu tun sei: **Blaues Land. Über Leben mit der AfD** von **Olaf Sundermeyer**; **Zweite Wende. Warum Ostdeutschland uns alle angeht** von **Marieke Reimann**; **Jenseits der Brandmauer. Über das Leben in der ostdeutschen Provinz** von **Monchi** sowie **Was jetzt zählt. Gegen den alltäglichen Rechtsextremismus** von **Wolf Iro**.

„Genaugenommen besteht **Deutschland 2033** übrigens aus drei Büchern, die miteinander verschränkt sind: einem fiktiven dystopischen ‚Szenario‘, einem Sachbuch über das Innenleben der AfD und einer essayistischen Analyse der gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Erfolg der Rechtspartei in der Bundesrepublik“, urteilt *Susanne Gaschke* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁰ über das Buch von **Justus Bender**.

„**Ulrike Löffler** stellt mit ihrer profunden Untersuchung, die angesichts einer schwierigen Quellenlage nicht nur in heuristischer Hinsicht überzeugt, sondern auch durch ein knapp fünfzig Seiten starkes Literaturverzeichnis beeindruckt, eine solide Reflexionsbasis zur Verfügung, um sich mit diesen Herausforderungen historisch informiert auseinanderzusetzen“ lautet die Einschätzung von *Holger Thünemann* in der *FAZ*³¹ zu **Überfrachtete Lernorte. Zur Pädagogik westdeutscher Gedenkstätten bis 1990**.

Eckhard Jesse merkt in der *Neuen Zürcher Zeitung*³² über **Faschismus ist keine Meinung. Stabil bleiben in autoritären Zeiten** von **Ilko-Sascha Kowalczyk**, der darin mit der AfD und der „DDR-Nostalgie“ abrechne, an, das Buch sei „ambivalent“ einzuschätzen: „Wer eine derart hohe Geltung in der Wissenschaft wie in der Publizistik besitzt wie Kowalczyk, sollte weniger kämpferisch auftreten. Seine Argumente gehen ungeachtet treffender Passagen sowie funkelnder Formulierungen bisweilen in eine aggressive Agitation über.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³³ befasst sich *Thomas Ribi* mit **Glanz und Elend der Konservativen** von **Roger de Weck**, der die These vertrete, „die Einzigen, die in der Lage sind, sich

²⁶ Stuart Halpern, ‚The Final Solution to the Jewish Question‘. Review: Confronting the Oldest Hatred, *Wall Street Journal*, 31.8.2026.

²⁷ Luka Ivan Jukic, *The City Without Jews – Douglas Smith on life inside Vienna’s catastrophe*, *Financial Times*, 31.8.2026.

²⁸ Justus Bender, *Der Marsch durch die Institutionen*, *FAZ*, 8.9.2026.

²⁹ Cord Aschenbrenner, *Eine Republik dreht am Rad*, *SZ*, 31.8.2026.

³⁰ Susanne Gaschke, *Horrorvision von Deutschland im Jahr 2033*, *NZZ*, 4.9.2026.

³¹ Holger Thünemann, *Überfrachtete Gedenkstätten*, *FAZ*, 1.9.2026.

³² Eckhard Jesse, *Eine Welt voller Faschisten*, *NZZ*, 20.8.2026.

³³ Thomas Ribi, *Falsche Freunde und Feinde*, *NZZ*, 9.9.2026.

dem Populismus glaubwürdig entgegenzustellen und die Demokratie vor der Zersetzung durch die AfD zu retten“ seien die konservativen Kräfte, auch wenn diese „bürgerlichen Kräfte keinen Mut und wenig Ideen“ hätten.

Im *Tagesspiegel*³⁴ stellt *Gerrit ter Horst* die Bücher zweier ostdeutscher Autorinnen vor, die zwischen „Hoffnung und Abgesang“ schwankten: **Niewiedervereinigung. 100 Zwischenrufe zur Deutschen Einheit** von **Paula Fürstenberg** sowie **Die zweite Wende. Warum Ostdeutschland uns alle angeht** von **Mareike Reimann**.

In seinem Buch **Die Kanzler und die Intellektuellen. Geschichte einer unbequemen Beziehung** beschreibe **Peter-André Alt** „in neun ausführlichen Kapiteln, die von Adenauer bis Scholz reichen [...] das Verhältnis der jeweiligen Amtsinhaber zur Welt der Intellektuellen“, wobei der Leser – so *Thomas Schmid* in der *Welt*³⁵ – durchaus auch weniger Bekanntes erfahre.

Der von **Frieder Günther** und **Markus M. Payk** herausgegebene Band **Die offene Verfassung. Das Grundgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland** zeige auf, „wie die Auslegung des Grundgesetzes auch von Zufällen beeinflusst wurde“, stellt *René Schlott* in der *FAZ*³⁶ fest: „In welcher Verfassung wird die Bundesrepublik in drei Jahren wohl den 80. Geburtstag ihres Grundgesetzes feiern? Werden sich bis zum Verfassungsjubiläum 2029 aus Angst vor innerem und äußerem Autoritarismus die autoritären Tendenzen hierzulande weiter verstärken? Auch dafür bietet das einst auf das Prinzip der Freiheit gebaute Grundgesetz eine gewisse Offenheit, die gegenwärtig noch viel zu wenig problematisiert wird – auch nicht von den Autoren und Herausgebern des vorliegenden Sammelbandes.“

„To analyse how the Conservative Party has approached the constitution from 1900 to 2024, Pitt establishes an interesting framework of analysis. It begins by establishing what he means by constitutional conservatism in substantive terms, through seven principles that can be condensed into two holistic principles“ beschreibt *Ojel L. Rodríguez Burgos* bei *Law&Liberty*³⁷ die Vorgehensweise von **Daniel Pitt** in seinem Buch **The Conservative Party and the Constitution**.

Dem von **Gregory Conti** herausgegebenen Band **J.S. Mill. Writings on Representative Government and Parliamentary Reform** gelinge es, ein neues Licht auf John Stuart Mills politisches Leben, seine verfassungsrechtlichen Schriften und seinen unverwechselbaren Liberalismus zu werfen, stellt *Max Skjönsberg* bei *Law&Liberty*³⁸ fest.

Hans Jörg Hennecke befasst sich bei *Geschichtsbewusst*³⁹ mit **Der letzte Mensch. Wohin steuert die Welt?**, der Autobiografie von **Francis Fukuyama** und merkt an: „Das sind trefende Beobachtungen eines Intellektuellen, der fest in der politischen Mitte verwurzelt ist und von kritischer, realistischer Sympathie für die Demokratie angetrieben ist. Aber seine Perspektive hat auch Schwächen.“

Daron Acemoglu verknüpfe in seinem Buch **What Happened to Liberal Democracy? Remaking a Politics of Shared Prosperity** „ein Programm für eine Renaissance des Linksliberalismus mit einer heftigen Kritik an jenen linksliberalen Eliten“, denen er auch selbst angehöre, konstatiert *Gerald Braunberger* in der *FAZ*⁴⁰.

„Each generation needs to be reminded about what happened in the 20th century in the former USSR, East Germany, Hungary and South America – and what is still happening in China

³⁴ Gerrit ter Horst, Die Westdeutschen sollten sich schämen, *Der Tagesspiegel*, 27.8.2026.

³⁵ Thomas Schmid, Was das Umfeld deutscher Kanzler über die Bundesrepublik verrät, *Die Welt*, 7.9.2026.

³⁶ René Schlott, Eine Verfassung, die elastisch ist, *FAZ*, 15.9.2026.

³⁷ Ojel L. Rodríguez Burgos, Unconstitutional Conservatism?, *Law&Liberty*, 14.9.2026.

³⁸ Max Skjönsberg, Mill's Liberalism Revisited, *Law&Liberty*, 16.9.2026.

³⁹ Hans Jörg Hennecke, Francis Fukuyama: Der letzte Mensch. Wohin steuert die Welt?, *Geschichtsbewusst*, 27.8.2026.

⁴⁰ Gerald Braunberger, Daron Acemoglus Traum, *FAZ*, 7.9.2026.

and North Korea – so that history is not repeated either as tragedy or farce“ urteilt *Victor Sebestyen* im *Spectator*⁴¹ mit Blick auf das „exzellente“ Buch **Reds: A Global History of Communism** von **Paul Mason**.

In der *FAZ*⁴² stellen *Robert Fieten* und *Jan Schnellenbach* zwei Bücher vor, die zum eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft, zum anderen die deutsche Schuldenpolitik in den Blick nehmen: **The Fractured Age. How the Return of Geopolitics Will Splinter the Global Economy** von **Neil Shearing** sowie **Generation Debts. Die Generation, die alles bezahlen muss** von **Frank Schäffler**.

Ed Conway gelinge es in seinem Buch **Trade World: The Ties that Bound our Past and Could Unravel Our Future** eindrücklich aufzuzeigen – so *James Crabtree* in der *Financial Times*⁴³ –, wie der internationale Warenverkehr angesichts von Bedrohungen und Einschränkungen weiterhin floriere.

Der ehemalige deutsche Botschafter **Rolf Nikel** biete in seinem Buch **Der schmale Grat. Die Kunst der Diplomatie in Zeiten des Umbruchs** nur „Banalitäten“ an, die in „betuliche Behäbigkeit“ verpackt und nur eine „brave Nacherzählung der Weltläufe“ seien, urteilt *Viola Schenz* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁴.

Im *Wall Street Journal*⁴⁵ stellt *Tevi Troy* **Inside the George W. Bush White House: An Oral History** von **Russell L. Riley** vor und merkt an, der Autor habe 80 Interviews mit Zeitzeugen geführt und gewähre dadurch Einblicke in eine der am meisten missverstandenen Regierungen der jüngeren Geschichte: „Hence the value of oral histories. They record the inside stories, what people knew or thought at the time but could not share. When done as well as Mr. Riley’s, oral histories provide new revelations about rivalries, hidden strategies and screw ups. The second Bush administration had plenty of all three.“

Tony Barber befasst sich in der *Financial Times*⁴⁶ mit **Mussolini’s Ghost: The Afterlife of a Dictator** von **Stephen Gundle**, der erläutere, warum die nachsichtige Haltung gegenüber Mussolini und die Verharmlosung der faschistischen Gewalt in Italien vor allem auch auf gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Bedingungen der demokratischen Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg beruhe und der Duce deshalb noch immer hohes Ansehen genieße.

Nicole Grajewski liefere mit ihrer Darstellung **Russia and Iran. Partners in Defiance from Syria to Ukraine** „wertvolle Details“ zu den russisch-iranischen Waffengeschäften, mache es ihren Lesern allerdings auch nicht leicht, da ein roter Faden fehle und öfters „Ereignisse nur nacherzählt statt eingeordnet“ würden, stellt *Friederike Böge* in der *FAZ*⁴⁷ fest.

Charles Clover stellt in der *Financial Times*⁴⁸ drei Bücher vor, die die Strategie Russlands gegenüber dem Westen und das Selbstbildnis des Landes als Eurasisches Imperium in den Blick nehmen: **We Shall Outlast Them: Putin’s Global Campaign to Defeat the West** von **Hanna Notte**; **American Overthrow: Moscow’s Endgame in its Long War with Washington** von **Keir Giles Hurst** sowie **The Steppe and Its Empires: The Russian Empire and Its Eurasian Counterparts** von **Michael Khodarkovsky**.

⁴¹ Victor Sebestyen, The trouble with communism began with Plato, *The Spectator*, 5.9.2026.

⁴² Robert Fieten / Jan Schnellenbach, Wirtschaftsbücher, *FAZ*, 31.8.2026.

⁴³ James Crabtree, Trade World – despite Trump’s tariffs, global commerce just keeps on growing, *Financial Times*, 3.9.2026.

⁴⁴ Viola Schenz, Hinter den Kulissen, *SZ*, 31.8.2026.

⁴⁵ Tevi Troy, ‚Inside the George W. Bush White House‘ Review: Teammates and Rivals, *Wall Street Journal*, 4.9.2026.

⁴⁶ Tony Barber, Mussolini’s Ghost – the strange, lasting legacy of Il Duce, *Financial Times*, 19.8.2026.

⁴⁷ Friederike Böge, Damit die Drohnen nicht auffliegen, *FAZ*, 1.9.2026.

⁴⁸ Charles Clover, Russia’s long war with the west – and with itself, *Financial Times*, 26.8.2026.

„**China's Global Strategy Under Xi Jinping** makes an important contribution to the literature on Chinese foreign policy, but readers searching for an accessible book that brings to life the revolutionary nature of China's ideas and their genealogy will have to wait“ urteilt **Mark Leonard** in der *Financial Times*⁴⁹ über das Buch von **Steve Tsang** and **Olivia Cheung**.

In seinem Buch **Der Traum von der Grossmacht. Frankreich: Deutschlands schwieriger Nachbar** thematisiere **Klaus Kellermann** – so **Clemens Klünemann** in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁰ – die komplizierten deutsch-französischen Beziehungen und fordere „die Augen nicht zu verschliessen vor Schein und Sein in den deutsch-französischen Beziehungen und vor allem offen zu bleiben für die Chancen, die diese Nachbarschaft bietet“.

In seiner komprimierten Darstellung **Geschichte Englands. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart** räume **Hannes Ziegler** „mit gängigen Mythen der Geschichtsschreibung auf oder stellt der älteren Forschung Ansätze neueren Datums gegenüber“, konstatiert **Tatjana Heid** in der *FAZ*⁵¹.

Sunak at 10: The Last Conservative Prime Minister? von **Anthony Seldon** und **Tom Egerton** sei eine Neubewertung der Amtszeit des ehemaligen britischen Regierungschefs Rishi Sunak und seiner Versuche, eine angeschlagene konservative Regierung, die bereits auf ein Wahldebakel zusteuerte, zu stabilisieren, konstatiert **David Gauke** in der *Financial Times*⁵².

In der *Financial Times*⁵³ befasst sich **Bronwen Maddox** mit **Profits, Prophets, Coaches and Kings: (When) Do Leaders Make a Difference?** von **Jared Diamond**, der der Frage nachgegangen sei, ob einzelne politische oder religiöse Führungspersonlichkeiten tatsächlich den Lauf der Geschichte verändern könnten oder ob sie lediglich Entwicklungen widerspiegeln, die ohnehin zum gleichen Ergebnis geführt hätten.

„In ihrem Opus magnum möchte die Historikerin **Karen Hagemann**, die viele Jahre an der Universität Chapel Hill in North Carolina gelehrt hat, den Stimmen der in den Kriegen Europas engagierten Frauen Gehör verschaffen“, schreibt **Birgit Aschmann** in der *FAZ*⁵⁴ über **Vergessene Soldatinnen. Frauen im Militär und in den Kriegen Europas seit 1600** und konstatiert: „Die europäischen Kriege der Moderne hatten eben sehr wohl auch ein weibliches Gesicht.“

John Reed stellt in der *Financial Times*⁵⁵ **Ukrainian Lessons: Art in a Time of War** von **Charlotte Higgins** vor, einem Bericht aus erster Hand darüber, wie Schriftsteller, Künstler und andere Bewahrer der ukrainischen Kultur auf den tödlichsten und längsten Krieg in Europa seit 1945 reagiert haben und versuchen, sich gegen die russische Kulturhegemonie zu wehren.

Die von **Wolfgang Rathert** verfasste Biografie **Herbert von Karajan. Macht – Ohnmacht – Vermächtnis** sei durch die „Ausführlichkeit, mit der Karajans Karriere während des Nationalsozialismus behandelt“ werde als Replik auf die Biografie von Michael Wolffsohn zu verstehen, schreibt **Clemens Haustein** in der *FAZ*⁵⁶ und merkt an: „Gleichwohl würdigt Rathert auch einen Mann, der sein Metier beherrschte wie kaum ein anderer. Immer wieder ist Erhellendes zu Karajans Musizierstil zu lesen, etwa zu seinem Umgang mit Zeit und Rhythmus. Wie sich die Genese dieses Stils zurückverfolgen lässt bis in eine Zeit, von der sich Karajan mit meist

⁴⁹ Mark Leonard, China's Global Strategy Under Xi Jinping – the plan to shift power from the west, *Financial Times*, 7.9.2026.

⁵⁰ Clemens Klünemann, Ein bisschen beste Freunde, *NZZ*, 8.9.2026.

⁵¹ Tatjana Heid, Über ein Land, das immer ein bisschen anders war, *FAZ*, 8.9.2026.

⁵² David Gauke, Sunak at 10 by Anthony Seldon – the reluctant prime minister, *Financial Times*, 28.8.2026.

⁵³ Bronwen Maddox, Jared Diamond's next big question: how much do leaders really matter?, *Financial Times*, 27.8.2026.

⁵⁴ Birgit Aschmann, Das weibliche Gesicht des Krieges, *FAZ*, 15.9.2026.

⁵⁵ John Reed, Ukrainian Lessons by Charlotte Higgins – culture war, *Financial Times*, 11.9.2026.

⁵⁶ Clemens Haustein, Doch ein Gesinnungsnazi?, *FAZ*, 1.9.2026.

nebulösen Aussagen zu distanzieren versuchte, darauf macht Wolfgang Ratherts Buch nun eindringlich aufmerksam.“

Der Band **Die Gräber der deutschen Romantik** von **Christoph Palmer**, unterlegt mit Fotos von **Henning Kreitel**, beleuchtet das Todesverständnis der deutschen Romantiker anhand von 54 Gräbern bedeutender und weniger bekannter Dichter, Philosophen und Publizisten, merkt *Tilman Spreckelsen* in der *FAZ*⁵⁷ an.

„**Reinhard Strohm**, emeritierter Musikwissenschaftler an der Universität Oxford, kann erzählen, sich aber auch kurzfassen. Der englischsprachige akademische Raum ist seinem Schreibstil in der Mischung aus Genauigkeit und Unbekümmertheit, Tiefe und Witz anzumerken“, konstatiert *Anja-Rosa Thöming* in der *FAZ*⁵⁸ über **Oper in Bewegung. Europäisches Musiktheater vom Barock zur Romantik**.

Three Rivers: The Extraordinary Waterways that Created Europe von **Robert Winder** beschreibe anschaulich die Bedeutung der Flüsse Rhein, Rhône und Po, die jeweils – so *Diane Cole* im *Wall Street Journal*⁵⁹ – die Geschichte einer Nation geprägt hätten.

⁵⁷ Tilman Spreckelsen, Romantik und Vergänglichkeit, *FAZ*, 8.9.2026.

⁵⁸ Anja-Rosa Thöming, Auf den Spuren der Operisten, *FAZ*, 3.9.2026.

⁵⁹ Diane Cole, „Three Rivers“ Review: Europe’s Fountainhead, *Wall Street Journal*, 21.8.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)